

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Freitag, Regelmäßige Beilagen: „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spinnkate“. Bezugspreis: Bei den Postämtern vierteljährlich RM. 2.40. Einzelhefte 25 Pf. monatlich 25 Pf. einschließlich Trägerlohn. Anzeigen: Grundzeile 20 Bg., totale 20 Bg., Anzeigen von auswärts werden durch Postnachnahme erhoben. Einrückungspreis: 12 Bg. Schriftleitung und Verlag: Wittenberg-Verlag, Saarstr. 12, Fernsprecher 43, Postfach-Los Nr. 433, Amt Postfach a. M.

Die Armee v. Bochn in schwerem Kampf.

Die Schlacht zu unseren Gunsten entschieden.
Erneute Angriffe zwischen Aisne und Marne. — 23000 Tonnen versenkt.

Der deutsche Generalstab meldet:

W. G. H. Großes Hauptquartier, den 18. Juli. Amtlich.

Weltlicher Kriegshauptquartier.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nordlich von Lens und östlich von Villers Bretonneux wurden örtliche Angriffe des Feindes abgewiesen. Die tagsüber mäßige Gefechtsintensität lebte am Abend auf und nahm während der Nacht zeitweilig südwestlich von Hyern und bei Wiederholung der feindlichen Angriffe südlich von Villers Bretonneux größere Stärke an. Bei reger Erkundungstätigkeit mochten wir mehrfach Gefangene.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Armee des Generalobersten v. Bochn stand gestern tagüber in schwerem Kampf. Durch neu herangeführte Divisionen verstärkt, ließ der Feind von neuem nach mehrstündiger Artillerievorbereitung zu großen einseitigen Gegenangriffen gegen unsere ganze Front südlich der Marne an. Am Abend war die Schlacht zu unseren Gunsten entschieden. Unter schwersten Verlusten brachen die Angriffe des Feindes zusammen. Aus kleinen Ortsschlachten südlich von Mareuil, in die der Feind vorübergehend eintraf, warf ihn unser Gegenstoß wieder hinaus. Auch auf dem Nordufer des Flusses versuchte der Feind vergeblich, uns unsere Erfolge streitig zu machen. Bei Ertümmung eines Bergkammes südlich von Bourcy nahmen wir seine Befestigung mit ihrem Regimentskommandeur und mehreren Gefangenen gefangen.

Ostlich von Reims ist die Lage unverändert. Artilleriefeuer wechselnder Stärke. Nordwestlich von Reims führte der Feind kleinere Angriffe, die in unserem Gegenstoß zusammenbrachen.

Gestern wurden 23 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Jakob errang seinen 23. Luftsieg.

Der Chef Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 18. Juli, abends. (WB.) Zwischen Aisne und Marne hat der Feind mit starken Kräften und Panzern Angriffen unternommen und etwas Gelände gewonnen. Unsere bereitstehenden Reserven haben in den Kampf eingegriffen.

Der österreichische Generalstab meldet:

Wien, 18. Juli. (WB.) Amtlich wird verlautbart: In Italien keine besonderen Ereignisse. In Albanien hat der Gegner Fühlung mit unseren Stützpunkten genommen.

Der Chef des Generalstabes.

Ereignisse zur See:

Am 17. Juli in den Vorkriegszeiten wurde Pola von mehreren Geschwadern feindlicher Land- und Seeflugzeuge mit ungefähr 200 Bomben belegt. An Opfern hat zwei Tote (Bauarbeiter) und mehrere Verletzte zu beklagen. Der angerichtete Schaden ist unbedeutend.

Flottenkommando.

Das türkische Hauptquartier meldet:

Konstantinopel, 17. Juli. Amtlicher Seeresbericht. Ostfront: In dem Küstenabschnitt gesteigertes beiderseitiges Artilleriefeuer. Ein Vorstoß feindlicher Infanterie im Jordanbecken wurde von uns abgewiesen. Regelmäßigkeit auf der ganzen Front. Auf den übrigen Kriegsschauplätzen ist die Lage unverändert.

Die Schlacht im Westen.

Das deutsche Artilleriecorps.

Berlin, 17. Juli. (WB.) Das Artilleriecorps, das bei der Armee des Generalobersten v. Einem in der Nacht vom 14. zum 15. den Angriff einleitete, war in seiner Art, Stärke und Ausdehnung das gleiche wie an der Somme, in Flandern und an der Aisne. Das weite und mächtige Hilsgelände jedoch schuf besonders schwere Verhältnisse für eine intensive Durchführung. Die feindliche Front war im Verlauf von drei Tagen zum vollständigen Festungsstern ausgebaut worden. Die Feinde waren nach den bisherigen Angriffen in erhöhter Abwehrbereitschaft. Die Franzosen hatten den Angriff erwartet und sich mit allen Mitteln vorbereitet. Dennoch zeigte die deutsche Artillerievorbereitung das feindliche Abwehrstern und legte in kurzer Frist eine französische Batterie nach der anderen außer Gefecht. Die französische Artillerie, die sich anfangs verzweifelt gegen den deutschen Feuerorfan wehrte, war eine Stunde vor Beginn des Sturmes völlig zum Schweigen gebracht worden. Ungefähr konnten im ersten Morgendämmern die Deutschen zum Sturm antreten. In einer Viertelstunde war die tiefe, durch die deutschen Granaten in ein wildes Durcheinander verfallene Hinderniszone durchschritten und die erste Linie überrannt.

In panikartiger Flucht hatten die Franzosen ihre Stellungen geräumt. Wo Feinde zurückblieben, waren sie tot oder verblüht. Aus den Stollenengängen kamen ungezügelter Schreie mit erhobenen Händen. Sie wurden nach rückwärts gedrückt. Sofort nahmen Pioniere und Armierungssoldaten die Wiederherstellungsarbeiten an den Straßen auf. Bereits zwischen 8 und 9 Uhr morgens fuhren die ersten Batterien und Kolonnen durch die Trichterzone. Die Hoffnungen der Franzosen, die Deutschen wieder zurückzuwerfen, scheiterte. Mit geringen Opfern ist ein taktischer Erfolg errungen worden.

Der Kampf tobte übrigens in der gleichen Gegend, in der die gleiche Armee des General v. Einem in jener Champagneschlacht dem Sturmbere Joffres den Durchbruch verwehrte. Damals standen 5 deutsche Divisionen gegen 30 französische im Kampfe. Die deutschen Divisionen wählten die Schlachtreihen der französischen Stürmer nieder. Verge von Leiden häuften sich übereinander. Jetzt kämpfen dort mit List und Ueberlegung deutsche Infanteristen, ohne einen Mann zu verlieren. Die deutsche Artillerie führt im offenen Felde auf, während der Feind nur mit wenigen Batterien antwortet, deren matte Schüsse unbeachtet bleiben.

Die französische Vereinfachung.

Berlin, 18. Juli. (WB.) Alle Gefangenenaussagen gehen dahin, daß der deutsche Angriff seit langem bekannt gewesen ist. Ein französischer Major, Bataillonskommandant von 101. Infanterie-Regiment sagt aus, daß der Angriff am 15. Juli erwartet wurde. Alle Vorbereitungen waren getroffen. Die Infanterie war tief gestaffelt und die Kavallerie Befehlungen der vordersten Linien sollten sich bis zum letzten Mann verteidigen. Die leichte Artillerie war aus dem Vorgebiet zurückgenommen. Die Batterien waren verstreut eingebaut und durften nicht feuern. Eine Stunde vor Beginn der deutschen Offensive telephonierte der Kommandant ein Chef an alle Regimenter, daß der Angriff um 1.10 Uhr vormittags, also nach deutscher Zeit um 12.10 Uhr erwartbar sei. Man solle sich bereit halten. In Anbetracht dieser umfangreichen Abwehrvorbereitungen ist der deutsche Erfolg besonders hoch einzuschätzen. Wie sehr der Feind trotz allem in der vorderen Stellung überrollt wurde, erhellt daraus, daß einige deutsche Divisionen ihre volle Vereinfachung aus französischen Unterständen und Depots entnahmen.

Südwestlich Reims.

Berlin, 17. Juli. (WB.) In den deutschen Ausgangsstellungen, die sich südwestlich Reims und hart nördlich der Römertalstraße an der Magentastraße hinzogen, standen deutsche Truppen in der Frühe des 15. Juli zum Sturm bereit. Die Vereinfachung hatte fast ohne Verluste stattfinden können, obwohl die feindliche Artillerie lebhaft schloß. Schweres Minenfeuer hatte die feindlichen Drahtbindernisse niedergelegt. Wo dies nicht geschehen war, öffneten die Pioniere den stürmenden Truppen Gassen. Der erste Wider-

stand des Feindes in den vorderen Gräben war gering. Mit Maschinengewehren jedoch verteidigte er auch einzelne Stützpunkte in der Sumpfniederung der Weile und in dem Brogneebacht. Düstlich Weg hatten die Franzosen in Voraussicht eines allgemeinen Angriffs schon lange vorher planmäßig die Stellung bei Beaumont und südlich des Kämpelens zur nachhaltigen Verteidigung eingerichtet und sich tief gestaffelt aufgestellt. Dem Zusammenwirken aller Waffen mit der Infanterie, besonders der Pioniere, und dem schnellen Vorkommen der Begleitbatterien war es zu verdanken, daß die Division, die von den Höhen überall vom Feinde gesehen werden konnte, in die Niederung herabsteigend, dennoch Brunay einnahm und schon um 9 Uhr vormittags eine Linie östlich Eillery über Brunay hinaus erreicht hatte. Am Abend war das eroberte Gelände in einer Tiefe von durchschnittlich 3 bis 4 Kilometern fest in der Hand der Division.

Die deutschen Sturmwagen.

Berlin, 18. Juli. (WB.) In der Nacht zum 15. Juli haben sich auch unsere Sturmwagen in die Linie der bereitstehenden Infanterie, mit den Infanteristen zugleich und teilweise vor ihnen begannen die breitflächigen Angriffe ihre verheerende Fahrt. Wo der Widerstand des Feindes sich um Aisne und Reims gruppierte, griffen sie ein und durchdrangen die Stellung des Gegners. Den Hügel heraus bis Champigny wählte sich ein deutscher Wagen, unbefürchtet um die aus Panzern und Mörsern sprühenden Maschinengewehre. Er half der Infanterie das Dorf durchqueren und halle die Sturmwagen, wie wieder ein, als sie vor dem Hauptpunkt befehligen Schloß Champigny auf dem halben Wege nach Neuville halt machen mußte. Dort lagte er sich quer vor die Mäuren und nahm den Feind unter ein vernichtendes Feuer, bis die entsetzte Befestigung mit erhobenen Händen zum Tode herabsank.

Neuer gibt zu.

London, 18. Juli. (WB.) Das Reutersche Bureau erzählt, daß die Deutschen bis 11 Uhr vormittags an der Westseite des Reimsfer Berglandes in ungefähr 100 Tausen Tische auf einer Front von 6 Meilen vorgebrungen waren. Sie gelangten in die Nähe von Bourcy und Rantoul.

Der Kaiser in der Schlacht.

Berlin, 17. Juli. (WB.) Der Kriegsberichterstatter Karl Mosner schreibt vom Schlachtfeld nordöstlich Reims am 16. Juli an den „Berliner Lokal-Anzeiger“: Der Kaiser, der den Wunsch hatte, die neue Schlacht vom ersten Augenblick ihres Durchbruchs an im Kreise seiner Kampftruppen mitzulerben, hatte sich noch am späten Abend des 14. Juli in das Gelände der kommenden Kämpfe begeben. Er hat die Nacht zum neuen Tage ganz auf einer vorgekauften Beobachtungswarte verbracht und von hier aus das furchtbare Orchester unseres Feuerüberalles mit angehört und das unerhörte Bild der über die feindlichen Stellungen hinrollenden Geschosse in sich aufgenommen. Schon wenige Minuten nach unserem um 4 Uhr 50 losbrechenden Sturm hielt er die ersten Meldungen über den guten Fortgang der Unternehmungen in Händen. Er ist dann bis zum sinkenden Tage, ohne sich eine Minute Ruhe zu gönnen, bei der Truppe geblieben und hat auch den heutigen Tag, der an die Erfolge an der Marne und südwestlich von Reims neue schöne Errungenschaften knüpfte, von Morgen bis zum Abend im Kampfgelände und angestrichelt des untrüglichen Gebietes verbracht.

Artilleriekampf in Flandern.

Berlin, 18. Juli. (WB.) In Flandern lebte das feindliche Feuer tagsüber auf und steigerte sich zwischen Hyern und Bourcy zu großer Stärke. Es erreichte gegen Mitternacht von Gillebeke bis zum Kessel und beiderseits Västet größte Heftigkeit. Zahlreiche feindliche Patrouillen vorstöße wurden durchweg abgewiesen. Gefangene blieben hierbei in unserer Hand. Gleitenden erlitt der Feind, der nach Feuertvorbereitung bei Gulluch angriff, eine schwere Schlappe.

Stegemann über die Offensive.

Zürich, 17. Juli. Der Militärhistoriker des „Berner Bund“ schreibt zur neuen Offensive: Es handelt sich für den Angreifer darum, die in der Linie Reims-Marmouillers-Labure-Massas-

stehenden Hauptkräfte der französischen Champagne-Armee in schwere Kämpfe zu verwickeln und die französischen Reserven wiederum auf sich zu ziehen und zu binden. Geographisch läßt sich die Angriffsbewegung als ein Versuch bezeichnen, die Franzosen von den Champagnehöhen gegen und über die große Kämmerstraße, auf die Besse und über die Ardre, gegen das Marnebecken zu drücken und Neims zweifelsfrei zu bedrohen und möglichst zu umfassen. Dadurch würde die französische Truppenfront gelockert und die Verbindung von Verdun mit der Pariser Zentralfestung von neuem gefährdet. Die Schlacht gibt sich also als eine folgerichtige Teiloperation großen Stils zu erkennen. Die Franzosen haben als Verteidiger das Weissen, die Transversale möglichst unversehrt und die Linien zwischen Neims und Chalons unter allen Umständen zu halten. Ein Durchbruch auf Epernay, Chalons oder gar St. Menchaud würde, schwere Schäden in die zu Verteidigungstellungen gewordenen Ausfallstellungen des Jahres 1915 reihen.

Befreiung von Paris, Opern, Arras.

Bern, 18. Juli. Am Montag und Dienstag dauerte die Befreiung von Paris an. In Abständen von 8 bis 15 Minuten fielen Granaten auf Stadt und Festungsbereich. Es verlautet, daß über 30 Gefolge der Pariser Stadtbevölkerung trafen. Nach der „Daily Mail“ hat die Befreiung von Opern und Arras wieder eingekehrt.

23000 Tonnen versenkt.

Berlin, 17. Juli. (WB. Antik.) Unsere Unterseeboote versenken im Sperrgebiet um England 23000 Bruttoregistertonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der Gefangenenaustausch in Frankreich.

Konstanz, 18. Juli. (WB.) Vergangene Nacht gegen 11 Uhr sind mit Sonderzug aus der Schweiz weitere 210 internierte Offiziere und Mannschaften hier eingetroffen.

Die Anklage gegen das Kabinett Bratiann.

Bukarest, 18. Juli. (WB.) Die rumänische Kammer hat das Kabinett Bratiann mit 115 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Jan Carp über die Lage in Rumänien.

Wien, 15. Juli. Der rumänische Gesandte Jan Carp äußerte sich einem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse“ gegenüber folgendermaßen über die Lage in Rumänien: Die Stimmung bei uns ist gedrückt. Immerhin hat das Unglück der letzten zwei Jahre bei uns bezeichnend gewirkt. Eigentliche Sympathie für Rußland bestand nie, aber man machte sich ausschweifende Vorstellungen von der unwiderstehlichen Macht des russischen Kolosses und bei der großen Menge der bäuerlichen Bevölkerung wirkte der gemeinsame orthodoxe Glaube zu Gunsten Rußlands. Da ist nun gründlich Wandel geschaffen. Der russische Koloss ist zusammengebrochen und der rumänische Bauer der Molbau, welcher die russische Soldateska bei ihrem Rückzuge jenseit und brennen sah, hat seine Vorstellung von den orthodoxen Glaubensbrüdern sehr stark geändert. Die russische Revolution und das Treiben der Bolschewiki wirkte auf unsere bäuerliche Bevölkerung nicht nur nicht anhebend, sondern eher abkühlend. Unter den französischen Sympathien der gebildeten Klassen Rumäniens, sagte Carp: Ränche sind natürlich unbedeutend. Es gibt auch solche, welche noch immer an den Sieg der Entente glauben. Gelegenheit zum Umlernen haben alle gehabt. Unsere Grundbesitzer z. B. können den mühseligen Zustand, in dem sie ihre Güter in der Molbaue, also in den Händen der „Hunnen“ und ihrer Bundesgenossen finden, mit den Zerstörungen und Vermüthungen auf den Gütern der Molbau vergleichen, wo die Truppen der Entente wirtschafteten.

Umschwung in der Kadettenpartei?

Stockholm, 17. Juli. (WB.) Der Vertreter von „Soenska Dagbladet“ in Helsingfors drückt: Meldungen aus Rußland bestätigen die Gerüchte über einen Umschwung der Stimmung in der Leitung der Kadettenpartei im deutschfeindlichen Sinne. Es bestätigt sich, daß sich eine Anzahl Kadettenführer nach Kiew begeben. Es sei kein Geheimnis, daß sie Verhandlungen mit dem dortigen deutschen Oberkommando anzuknüpfen suchen, um ein Zusammenwirken zwischen den bürgerlichen Parteien in Rußland und den Deutschen anzubahnen, was von den Kadetten nun als der einzige Ausweg zur Wiederherstellung geordneter Zustände in Rußland angesehen wird.

Der Ausfall der Sozialrevolutionäre.

Berlin, 16. Juli. Der Berliner Bureau der Petersburger Telegraphenagentur erhält aus Moskau folgenden Bericht: Der maßgebende Ausfall der sogenannten linken Sozialrevolutionäre ist beendet. Die gerichtliche Untersuchungsbehörde wird das tatsächliche Bild dieses beispiellosen Abenteuers aufklären und den Grad der Verantwortung der einzelnen Teilnehmer feststellen. Der politische Sinn der Moskauer Ereignisse vom 6. und 7. Juli tritt jedoch jetzt schon deutlich hervor. Dem Druck der bürgerlichen Klasse nachgebend haben die linken Sozialrevolutionäre in den letzten Wochen fortwährend die bürgerlichen Anforderungen gemacht, Rußland in einen Krieg mit Deutschland zu verwickeln. Diese Anforderungen sind nicht nur in dem Himmel als die außerordentlich schweren Bedingungen des Weltkriegerischen Krieges zum Ausdruck gekommen, sondern auch in den erbitterten und in Umlauf gebrachten phantastischen Gerüchten und Behauptungen, die aufreizen auf die

Einbildungskraft des Volkes wirken mußten. Die aufgeregten Arbeiter und Bauern verstanden nicht, die durch die Breiter Fronte geschaffene schwierige Lage. Nicht weniger verstanden sie aber, welche Folgen es nach sich zog, wenn das entzweitete und verblutende Rußland in die imperialistische Schlächterei hineingezogen würde. Deshalb eben hat die erbitterte Mehrheit der Arbeiter und Bauern bewußt den Bruch mit dem Breiten Fronte zugewandt, welcher von den Kadetten, rechten Sozialrevolutionären, Menschewiki und den linken Sozialrevolutionären ungenügend verlangt wird.

Das Wohlgefallen der demagogischen Agitation für den Krieg hat die linken Sozialrevolutionäre auf den Weg des sinnlosen und unethischen Abenteuers geführt, sie beschloßen mittels eines terroristischen Aktes Rußland gegen den Willen der Arbeiter und Bauern in einen Krieg zu verwickeln. Nachdem der 6. allrussische Sowjetkongreß die auswärtige Politik des Rates der Volkskommissare vorbehaltlos gebilligt hatte, verübte ein gewisser Blumkin laut Beschluß des Zentralkomitees der linken Sozialrevolutionäre einen Mordanschlag auf den deutschen Botschafter Graf Mirbach. Indem sie diese provozierende Tat verübten, rückten sich die linken Sozialrevolutionäre weniger auf ihren Parteiparagrafen als auf die offizielle Stellung, welche sie als Sowjet-Partei einnahmen. Mit Hilfe seiner Partei gelangte Blumkin in die außerordentliche Kommission für den Kampf mit der Gegenrevolution. Seine offizielle Stellung ausnützend, hat er verschiedene Dokumente zum Teil sich angeeignet, zum Teil gefälscht, gelangte dann, von seinem Untergang, in das Gebäude der deutschen Botschaft und verübte dort den ihm vom Zentralkomitee befohlenen Mord. — Gleichzeitig schickten sich die linken Sozialrevolutionäre an, einen Aufstand ins Werk zu setzen, der den Zweck hatte, gewaltsam die Macht aus den Händen des allrussischen Sowjetkongresses in die Hände einer Partei zu übertragen, welche auf diesem Kongreß in Minderheit geblieben war. Die Mitglieder des Zentralkomitees der linken Sozialrevolutionäre verurteilten den Aufstand zu entsetzen, indem sie sich auf einen Teil des Detachements der Kommission für den Kampf mit der Gegenrevolution stützten. Die Truppenabteilung wurde von dem linken Sozialrevolutionären Popow beschickt. Die in die Verhaftung hineingezogenen Teile der Truppenabteilung Popows, verurteilt durch die demokratischen Elemente der Schwarzmeerflotte, stellen Strohmannen und Patronen auf, verhafteten einzelne Vertreter der Sowjetregierung, entlassenen und beschloßen einzelne Gruppen der roten Armee. Zur Verfügung der Rebellen standen Maschinengewehre, Geschütze und Panzerwagen. — So entspannte sich am 7. Juli der Aufstand der die Minderheit bildenden Sowjetpartei gegen die Herrschaft der Sowjets. Der Erfolg dieses Abenteuers hätte bedeutet: den sofortigen Krieg mit Deutschland und den Zusammenbruch der Sowjetmacht. Denn kein einziger vernünftiger Mensch konnte vermuten, daß die linken Sozialrevolutionäre inslande sein werden, die aus den Händen der Sowjets der Arbeiter, Bauern und roten Armee entziffene Macht auch nur auf 24 Stunden in ihren Händen zu bewahren. Der ganze Aufstand war die linken Sozialrevolutionäre am 6. und 7. Juli nur als Komplotzabteilung herangezogen, die im Dienste der konterrevolutionären Bourgeoisie steht und ihr den Weg frei machen sollte.

Unter diesen Umständen konnte der Rat der Volkskommissare nur einen Entschluß fassen: in möglichst kurzer Zeit die Erhebung zu unterdrücken, in der Leichschinn, Treubruch und Provokation sich in ein abhässliches Ganzes vereinigen. Energetische Handlungen hatten schon im Laufe einiger Stunden Resultate gezeitigt. Die linken Sozialrevolutionäre räumten das Post- und Telegraphenamt, in denen sie zwei Stunden gewaltsam gehalten. In der Truppenabteilung Popows begann schon ein Zerfall nach der ersten Verhaftung durch die Sowjettruppen. Ein bedeutender Teil der Truppenabteilung war über das Abenteuer empört und ging willig auf die Seite der von den Empörern verhafteten Vertreter der Sowjetmacht, der Genossen Jerginski, Ragis und Solowjow über. Nur Dank diesem Umstand war das Leben vieler außer Gefahr gebracht. Mögliche Verzerrung des gegnerischen Stabes und Demokratisierung der Truppenabteilung gingen parallel miteinander. Als die Führer der linken Sozialrevolutionäre sich ein solches Ziel, wie die Ausweisung der Regierungsmacht, stellten, zogen sie den Umfang und die Bedeutung dieser ihre Kräfte gänzlich übersteigenden Aufgabe nicht in Betracht. Nach einigen unbedeutenden Widerstandsvorläufen begannen die Rebellen, nach allen Richtungen Paragrafen zu schinden; denn traten sie einen angeordneten Rückzug an. — Die Verfolgung der Flüchtlinge wird mit großem Erfolg fortgesetzt. Die Zahl der Gefangenen hat jetzt schon Hunderte erreicht. Nähere Angaben werden von der Regierung bei der nächsten Sitzung des allrussischen Sowjetkongresses, der sein entscheidendes Wort über die Empörung vom 6. und 7. Juli, wie auch über das Schicksal der sogenannten Partei der linken Sozialrevolutionäre zu sagen haben wird, mitgeteilt werden.

Über 500 Cholerafälle in Petersburg.

Petersburg, 18. Juli. (WB.) In Petersburg ist die Cholera ausgebrochen. Gestern wurden über 500 Fälle gemeldet.

Ein Sohn Roosevelts gefallen.

London, 17. Juli. (WB.) Reuters Bureau meldet aus Paris: Der jüngste Sohn des früheren Präsidenten Roosevelt, Quentin, wurde im Luftkampf bei Chateau-Thierry getötet und ist in den deutschen Linien abgefangen.

Ein Hohn auf den Nobelfriedenspreis.

Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, erhielt unbegründeterweise im Jahre 1906 den Nobelfriedenspreis. 100 000 Mark stellte er davon dem Kongreß für Zwecke des Weltfriedens zur Verfügung. Der Kongreß wählte nichts damit anzufangen und jetzt erhält Roosevelt sie zurück, um sie

zur Förderung der Kriegsziele der Alliierten zu verwenden. Mit Recht sagt der „Vorwärts“, dem wir diese Mitteilung entnehmen: Eine treffendere Satire auf die wohlgemeinte Stiftung des Dynamit-Nobels hätte kein Schriftsteller finden können.

Oesterreichs 8. Kriegsanleihe.

Wien, 17. Juli. (WB.) Nach den vorläufigen Feststellungen haben die bisher eingelaufenen Zeichnungen auf die achte Kriegsanleihe den Betrag von 5763 Millionen Kronen erreicht. Die endgültigen Siftern können erst zu einem späteren Zeitpunkt ermittelt werden.

Gründung einer österreichischen Reichspartei.

Wien, 15. Juli. Die Korrespondenz Austria meldet: Die Reichspartei des Herrenhauses hielt heute unter dem Vorsitz des Herrenhauspräsidenten Grafen Wallerstein die gründende Versammlung ab, in der das Parteiprogramm einstimmig beschlossen wurde.

Darin wird erklärt, die Reichspartei erkläre ihr oberstes Ziel in der kräftigen Förderung aller Bestrebungen, durch die der österreichische Staat einer stets wachsenden Entfaltung der in ihm gelegenen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte zugeführt werden soll, zu welchem Zwecke vor allem eine unmittelbare aus dem österreichischen Staatsgedanken entwickelte Neugestaltung der Verfassung und der Verwaltungseinrichtungen anzustreben wäre. Im Besonderen sei der wesentliche Inhalt des österreichischen Staatsgedankens in der organischen Zusammenfassung einer Welt der Gleichberechtigten, wofür eine unabhängiger Volkswirtschaft zur einheitlichen Einheit zu bilden, welche diese Stimme in der freien Entwicklung ihrer nationalen und kulturellen Eigenart zu schützen, in allen übrigen Belangen aber zu gleichmäßigem Zusammenwirken im Interesse der Gesamtheit zu vereinen berufen wäre. Es müßten solche Neugealtungen unserer politischen Einrichtungen angebahnt und kräftig unterstützt werden, die geeignet wären, Oesterreich zur Erfüllung seiner gegenwärtigen, auf absehbare Zeit auch künftigen, großen Aufgaben inmitten der europäischen Kulturstaaten zu befähigen. Treu dem dynastischen und dem ihm untrennbar verbundenen österreichischen Staatsgedanken werde die Reichspartei unermüdet für die Erhaltung und Stärkung der Großmachstellung der Monarchie eintreten und zu diesem Zwecke auf ein verhältnismäßiges Zusammenwirken der beiden an äußerer Wachstumsförmigkeit der Gesamtheit in gleichem Maße interessierten Staaten hinwirken. In ihrer gesamten Arbeit und Tätigkeit stehe die Reichspartei rücksichtslos auf dem Boden der höchsten Weltanschauung.

Hierauf wurde Graf Wallerstein zum Obmann, Freiherr Rüber zum Stellvertretenden Obmann gewählt.

Ein Bekenntnis zum Deutschtum.

hat der österreichische Ministerpräsident Dr. v. Seidler in der ersten Sitzung des wiederzusammengerufenen Reichsrats abgelegt. Die Sitzung stellt vor mit dem üblichen Stanbal, den sich die verschiedenen slavischen Abgeordneten leisten, erfüllt. Nur schwer konnte der Ministerpräsident seine Rede zu Ende führen, er sagte darin:

„Wenn es einen politischen Kurs in Oesterreich gibt, so kann es nur ein solcher sein, der den berechtigten Interessen des deutschen Volkes vollen Schutz gewährt. Das Rätsel dieses vielgestaltigen Staates ist nun einmal das deutsche Volk und wird es immer bleiben. In diesem und keinem anderen Geist ist die gegenwärtige Regierung entworfen, den eingeschlagenen Kurs festzuhalten und sich in seiner Weiterbefolgung nicht dazwischen zu lassen.“ In dieser Sitzung machte der deutsch-nationale Abg. Jra einen vorzüglichen Abg. Als der Abg. Dr. Juras erklärte, das tschechische Volk könne nicht untergehen, rief der Abgeordnete Jra dazwischen: „Über übergeben.“ Darob natürlich große Heiterkeit bei den Deutschen, was die Tschechen derartig ärgerte, daß sie ihr Nationallied anstimmten.

Amerikanische Flieger gesucht.

Moskau, 17. Juli. Das Gouvernement der Festung Moskau erläßt folgende Bekanntmachung: In der Nacht vom 10. auf den 11. d. Mts. ist in der Nähe von Koblenz ein amerikanisches Flugzeug niedergegangen. Die Insassen haben das Flugzeug verlassen und es hierauf in Brand gesetzt. Sämtliche Organe der Militär- und Zivilbehörden werden um scharfe Nachforschungen nach den Insassen, vermutlich zwei amerikanischen Offizieren, ersucht.

Sechs Monate Reichstag.

Als der Reichstag zu Beginn des Jahres zusammentrat, da harrte seiner bereits ein reichhaltiges Programm gesetzgeberischer Arbeit, neben dem Etat die Zustimmung zu den Kriegszuschüssen, die bevölkerungspolitischen Gesetzentwürfe, die Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, das Wahlstimmengesetz, später der Entwurf zum Reichsplatzgesetz, die Novelle zum Schußplatzgesetz, schließlich die militärpolitischen Gesetze. Und der Kern des Ganzen, um den sich die übrige Arbeit zu lagern als Gelegenheitsarbeit gruppierte, die Steuerreformen, denen sich nach der anderen Seite die zweimalige Bewilligung von je 15 Millionen Kriegsgeld, im März und im Juli, gesellte.

Der Etat, insofern ein Scheinetat, als die wesentlichen Ausgaben der Friedensstaatswirtschaft, die Aufwendungen für Heer und Flotte, z. T. in ihm schon und auf Kriegskonto laufen, schloß in Einnahme und Ausgabe mit 7,332 Milliarden gegen 6,035 im Vorjahre ab. Zu seiner Bilanzierung wurde ein Kassenbetrag an neuen Steuern erforderlich, der in Gestalt des Steuerbündels von insgesamt 12 Vorlagen angeordnet wurde. Die Etatberatung zog sich im Plenum sowohl wie im Ausschuß infolge der ausgiebigen Erörterungen über die Politik im allgemeinen wie über die Einzelheiten der Ernährung, des Januarpreises, der Zinsen, des Belagerungszustandes, des

Monate über den geschlossenen Zeitpunkt hin, jedoch ein Notetakt in die Erscheinung trat. Man verband schließlich, um wenigstens einigermaßen die Verhandlungen zu fördern, mit seiner Beratung auch die Förderung des bulgarischen Friedens. In den Debatten über die Friedensschlüsse, insbesondere im Hauptausgang, war teils Kritik vor allem an dem Besten Frieden geübt worden, mit dem sich zwar schließlich Herr Erdberger noch abfindet, indem er ihn als im Rahmen der Friedensresolution des Reichstags liegend anerkennt, für den sich aber, weil seine Ergebnisse, trotz der unglücklichen, durch Kämpfmannsche Staatskunst verursachten Behandlung der est- und litauischen Bevölkerung, einer Nachprüfung Deutschlands ähnlich haben, die Mehrheitsparlamentarier nicht bis zur Zustimmung erwärmen konnten. Also daß die Beendigung des Kriegszustandes im Osten unter ihrem schwebenden Protest — sie sagten weder ja noch nein — stattfand. Im Hauptausgang hatte man bei der Erklärung über den Ukrainefrieden verfaßt, sich ein besonderes Fest zu bereiten, indem von Erdberger-Neuberg mit Hilfe von Material der ukrainischen Rada ein breit angelegter Vorstoß gegen das dortige deutsche Oberkommando, unsere Oberste Beeresstellung und die Reichsregierung gerichtet wurde, welche letztere seit Erdbergers Auseinandersetzung mit dem Kämpfmann sehr bedingt die Sympathien des Süddeutschen Großpublikums geniesst. Die heimliche Nebenabsicht war, bei der Gelegenheit noch einmal ein ausdrückliches Festlegen der Weichheit auf den Verhandlungsstandpunkt zu erreichen. Die Absicht mißlang, einmal, weil die innere Entwicklung nach der Seite positiver Kriegsziele im Zentrum die im Fortschritt schon zu weit vorgeschritten war, zum anderen auch, weil sie zu früh rührte wurde. Und die Sache endete mit einigen Unannehmlichkeiten für Herrn Erdberger von Partei und Fraktion wegen. Die Erklärung des Kampfenfriedens vollzog sich dann in ruhigerer Weise, umso mehr, als sich die Parteien der Rechten in der berechtigten Kritik an dem Bericht auf eine Kriegsentwässerung, an den wirtschaftlichen Schwächen des Vertrages und an der ungenügenden Berücksichtigung der Lösung der Dynastiestrage, ziemlich weitgehende Zurückhaltung anlegten.

Teils parallel, teils gleichzeitig, liefen die Beratungen der Steuerkommission im Plenum und Kommissionen, deren Erklärung schließlich in Denkschriften erreicht werden mußte. Der Reichstag ließ im großen Ganzen die Entwurfs unverändert, die beabsichtigte Herabsetzung der Einkommensteuer von 20 auf 10 Prozent wurde wieder beibehalten; die bedeutendste Veränderung ergab das Umfahrgesetz, aus dem die Besteuerung der Leistungen herausgenommen wurde, indem die festen Beiträge von ihm nicht erfaßt werden. Im übrigen fand merkwürdigerweise auch eine Verschärfung, die Einkommensteuer, insofern Gnade vor dem Auge der Weichheit, als sie eine Herabsetzung gegenüber dem Entwurf von 3 auf 2 vom Tausend ergab. Für die Kriegsteilnehmer soll es 3, beim je nach den Beispielen des Bundesrats 2 oder 4 vom Tausend betragen. Der Sturm der Berge ging also an der „demokratischen“ Mehrheit nicht spurlos vorüber. Sahen die Regierungsvorlagen einen Gesamtertrag von 2,8 Milliarden vor, so erhielt der Staatseinkommen schließlich deren mehr als 4. Infolge der selbständigen Hinzufügung der Kriegschänge von Einkommen und Vermögen durch den Reichstag. So wenig gegen eine Erhöhung der Kriegsgewinne auf der physischen Personen einzuwenden ist, so muß die Art der Regelung doch wegen des damit verbundenen Einkommens in die Steuerquellen der Bundesstaaten zu schwersten Bedenken Anlaß geben. Bedenken, die noch vermehrt werden durch die von der Schaffung des Reichsfinanzhofs zu erwartende Entwicklung, die in der Richtung der Antikipation der Steuererhebung verläuft und die Vorstufe bildet zur Mediellierung der Bundesstaaten auf finanziellen Gebieten, der sich die Übergriffe des Reichs in ihre Verfassungsangelegenheiten nach dem Muster der preussischen Wahlreform angeschlossen.

Im Rahmen des mit dem Kanzler vereinbarten Novemberprogramms fand die lang- und langlose Aufhebung des letzten Schutzes Arbeitswilliger vor dem Terrorismus durch Befreiung des § 153 der Gewerbeordnung statt, der weitere Punkt, die Errichtung von Arbeitskammern, blieb im Entwurf, der nicht mehr aus der Kommission an das Plenum gelangte, und über den noch ausführliches zu sprechen sein wird. Auch die wichtigen bevölkerungspolitischen Gesetze zur Lösung der Geburtskrise gelangen nicht über die Ausschussberatung hinaus. Dasselbe Schicksal teilten das Lohngesetz und das Schutzhafengesetz.

Gleichwohl kann dem Reichstag nicht bestritten werden, daß er in den 6 Monaten seiner Tätigkeit eine Fülle an positiver Arbeit geleistet hat, die freilich nach einer wesentlichen Eingrenzung hätte gesehen werden, wenn er weniger Zeit auf die rein negative Kritik verwandt hätte. Mit der Bewilligung der Steuern und der neuen Kriegsschulden ließ er sich einen guten Abgang, obwohl die Kreditvorlage noch zum äußeren Anlaß genommen wurde, aus die Unerschöpflichkeit der letzten Hauptausgabenbedürfnisse mit den herrlichen Erklärungen über Belgien zu befriedigen. Wenn auch die Sozialdemokratie schließlich für die Kreditlinie trat, so doch unter ausdrücklicher Voraussetzung der dafür maßgebenden tatsächlichen Beweggründe, die mit der Politik des 4. August nichts mehr zu tun haben. Die innere Wandlung, die sich in der Sozialdemokratie, die sich freilich andererseits auch in der Reichsversammlung vollzogen hat, trat in der abgeschlossenen Tagung des Reichstags bei zahlreichen Gelegenheiten in die Erscheinung. Im Jenseits dieser Entwicklungen wird auch der kommende Tagungsabschnitt stehen.

Die Erhöhung der Postgebühren.

Die vom Reichstag beschlossene neue Tarifsteigerung tritt am 1. Oktober in Kraft und erhöht sich zunächst alle Briefe im Orts- und Nachbortarife. Während bisher diese Briefe bis zu einem Gewicht von 250 Gramm 7½ Pf. kosteten, stellt sich im Zukunft das Porto für Briefe bis zu 20 Gramm auf 10 Pf. und für Briefe über 20 bis 250 Gramm auf 15 Pf. Hierdurch wird auch der Zustand beibehalten, daß bei einem Gewicht von über 100 bis 250 Gramm die Bezahlung einer Drucksache in verschlossenem Brief sich billiger stellt als die offene Be-

förderung gegen Druckachengebühr. Auch das Porto für Postkarten im Fernverkehr erfährt eine Erhöhung, und zwar auf 10 Pf.; die Postkarte zu 7½ Pf. bleibt also nur für den Orts- und Nachbortarife bestehen. Ferner haben die Gebühren für Pakete eine abermalige Erhöhung erfahren. Pakete bis zum Gewicht von 5 Kilogramm kosteten bisher in der 1. Zone (75 Kilometer) 30 Pf., die sollten in Zukunft 40 Pf. für weitere Entfernungen erhöht sich das Porto von 60 auf 75 Pf. Bei einem Gewicht über 5 Kilogramm steigt das Porto in der 1. Zone bei Sendungen bis zu 6 Kilogramm von 40 auf 60 Pf.; für jedes weitere Kilogramm tritt ein Zuschlag von 5 Pf. hinzu. Auf weitere Entfernungen erhöht sich in jeder Zone das bisherige Porto um 30 Pf., wobei für jedes Kilogramm über 6 Kilogramm ein Zuschlag je nach der Zone von 10 bis 50 Pf. erhoben wird. Es kostet mithin beispielsweise ein Paket innerhalb der 6. Zone (über 1125 Kilometer) im Gewicht von 7 Kilogramm 2 Mark. Auch die Druckachen erfahren diesmal eine Portorerhöhung. Sie sollten in Zukunft bis 50 Gramm 5 Pf., über 50 bis 100 Gramm 7½ Pf., über 100 bis 250 Gramm 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm 25 Pf., über 500 bis 1000 Gramm 35 Pf. Geschäftsbriefe tragen in Zukunft bis 250 Gramm ein Porto von 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm 25 Pf., über 500 bis 1000 Gramm 35 Pf. Bei Warenproben im Gewicht bis 100 Gramm tritt keine Veränderung ein, dagegen erhöht sich für Sendungen über 100 bis 250 Gramm das Porto auf 15 Pf., über 250 bis 500 Gramm auf 25 Pf. Auch für die Postanweisungen werden die Gebühren erhöht. Es kostet in Zukunft eine Postanweisung bis zu 5 Mark 15 Pf., über 5 bis 100 Mark 25 Pf., darüber hinaus erhöhen sich die bisherigen Sätze um je 10 Pf. Ebenso hat der Telegrammverkehr erhöhte Abgaben zu tragen. Im Stadterverkehr kostet in Zukunft ein Telegramm bis zu 5 Worten 45 Pf., für jedes weitere Wort bis zu 10 Worten erhöht sich die Gebühr um 5 Pf., darüber hinaus um 3 Pf. unter Abrechnung des Gesamtbetrags auf den nächsten durch 5 teilbaren Pfennigbetrag nach oben. Im Fernverkehr verbleibt die seit dem Jahre 1916 um 10 v. H. erhöhten Gebühren ebenfalls um 10 v. H. betragsgelöst.

Erhöhung der Indentration.

Berlin, 17. Juli. (WB.) Durch den Erwerb von Zucker in der Ukraine, von dem eine gewisse Menge in Deutschland bereits eingetroffen ist, wird es möglich, nicht nur die Süßwarenindustrie in dem zu Anfang des Wirtschaftsjahres vorgesehenen Umfang weiter mit Zucker zu versorgen, sondern auch die bisher aufgeteilte Einmischungsanforderung von 600 000 Doppelzentner auf die vorjährige Menge von 900 000 Doppelzentner zu erhöhen und außerdem eine Menge von 150 000 Doppelzentner den Bundesregierungen für besondere Zwecke (Muzikalisches, Gärten, Verpflegung von Krankenhäusern, gegebenenfalls auch zum Ersatz für die ausfallende Brotmenge) zuzuteilen. Die Reichsregierung wird die Bezugsgebiete sofort nach Beendigung der Verteilungsarbeiten herausgeben. Durch diese Sonderzuteilungen erleichtert sich auch die vielfach aufgeworfene Frage, was mit dem Ukrainezucker wird. Es ist bei dem gesamten Stand der Ernährungs- und Zuckerwirtschaft ausgeschlossen, diesen Zucker in den freien Verkehr zu bringen, weil die öffentliche Zuckerwirtschaft ihn nicht entbehren kann. Er ist, wie der inländische Zucker, der Reichszuckerstelle für ihre Verteilungswende zur Verfügung gestellt worden. Eine gewisse Schwierigkeit macht dabei die Ausbringung der sehr hohen Kosten des Ukrainezuckers. Um nicht den allgemeinen Verbrauch der Bevölkerung damit zu belasten, werden von bestimmten Gruppen von Zuckerempfängern, in erster Linie von der Süßwarenindustrie, erhebliche Zuschläge erhoben.

Wer die Sprache unserer Zwangswirtschaftsverbände kennt, wird aus den obigen Ausführungen erkennen, daß es mit dem für die ausfallende Brotmenge als Ersatz dienen sollenden Zucker Ewig ist.

Mit Bitterkeit

werden die Proteste eine Notiz in den Zeitungen gelesen haben, wonach auch im neuen Wirtschaftsjahr eine Erhöhung des Brotes bis zur Höhe von 20 Prozent Kartoffelsubstitute vorgesehen ist. Es folgt dann das übliche Gewöhnliche für diejenigen, die so etwas glauben, daß das auf die Weise gesteckte A-Brot gerade so nahrhaft und belohnend sei, wie das reine Brot und dergleichen mehr. Begründet wird diese Maßnahme, wie folgt:

„Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, haben wir auf eine gute Kartoffelernte zu rechnen. Die Anbauplänen haben die Wirkung gehabt, daß sich die Anbaufläche gegenüber dem Vorjahre vergrößert hat. Es ist also zu hoffen, daß uns der Herbst eine ähnlich gute Kartoffelernte bringen wird wie im Vorjahre. Dagegen ist beim Brotgetreide vorerst jedenfalls nur mit einer Mittelernte zu rechnen, da die Niederschläge der letzten Wochen den ungünstigen Einfluß der vorausgegangenen Trockenheit nur teilweise ausgeglichen zu haben scheinen. Unter diesen Umständen muß schon jetzt Vorbehalte getroffen werden, daß ausreichende Brotstreuungsstellen vorhanden sind, damit nicht, wie in diesem Jahr, in den letzten Monaten vor der neuen Ernte eine Herabsetzung der Brotkosten notwendig wird.“

Diese Ausführungen sind nicht richtig. Erstens können wir jetzt noch gar nicht sagen, ob wir eine gute Kartoffelernte erzielen werden, jedenfalls steht es noch nicht fest, daß sie an die vorjährige nicht heranzukommen wird. Dagegen ist sicher, daß wir eine bessere Getreidernte wie im Vorjahre haben werden, wir glauben nicht zuletzt zu sagen, wenn wir sie auf ein Viertel mehr ansetzen. Scharfsinnig hat unter diesen Verhältnissen die Bevölkerung ein Recht, ein Brot zu verlangen, das auch nur einigermaßen diesen Namen verdient. Wir bestritten aus keinemwegs, daß ein Zufuß von getrockneten Kartoffelsubstituten die Güte des Brotes nicht allzuweit beeinflusst, aber die Menge des Zufußes muß ihre Grenzen haben. Als zu Kriegsbeginn das Baden von A-Brot sich als notwendig erwies, da war dieses Brot genießbar. Inzwischen aber ist der Nährwert in den deutschen Ländern mächtig geworden und ein Teller kohliger

nur den Verdiensthier. Wir wollen nicht unterfahren, was davon die Schuld trägt, Tatsache ist, daß die Verwitterung der Rhein- und Rheingebiete — anderswo kennen wir die Verhältnisse nicht, sie werden aber nicht besser sein! — ein geradezu schreckliches Gedächtnis als tägliches Brot vorgelegt bekommt. Ein Zeug, das man eher als Kleister denn als Nahrungsmittel betrachten könnte. Man hat selber geschwiegen, denn man wollte, daß wir Knapp daran waren. Nun wir aber eine bessere Ernte in Aussicht haben, daß doch das deutsche Volk einen Anspruch darauf, daß die Behörde darauf achtet, daß auch wirklich Brot geliefert wird. Der Deutsche hat ja allmählich auf alles verzichten gelernt, was auf's Brot geschmiedet wird, möge man wenigstens dafür sorgen, daß das Brot selbst zu essen ist. Möge wenigstens bei unserem Brot im kommenden Erntejahr der Satz nicht zutreffen: Verne essen ohne zu klagen!

Aus der Heimat.

Druckfehler. In der gestrigen Nachschrift zu dem Aufsatz: „Ein Abbau unserer Zwangswirtschaft möglich“, befindet sich ein Druckfehler. Es soll nicht heißen: Der Unfuss der Neu-Verteilungs-Politik, sondern: „Der Unfuss der „Kur“-Verteilungs-Politik“.

Vorheim. Die Eheleute Jakob Barbs feiern heute das Fest goldenen Hochzeit. Herzlichen Glückwunsch!

FC. Aus Dörffeln, 17. Juli. Ein acht Jahre alter Junge, der mit einem Holzhäkel dem vierjährigen Söhnchen des Fr. Tachner in Hopfgarten einen Dorn ins Auge. Der Dorn hat drei Zentimeter tief im Auge, das in der Gliedern Kinn herausgenommen werden mußte. — Beim Spiel auf den Eisenbahnschienen wurde das zweijährige Söhnchen des Karl Wint in Hühnerhof von einem Zuge überfahren. Die Wunde schmerzte den Jungen weit ins Felle. Als man das Kind aufhob, ergab sich, daß es außer kleinen Hautverletzungen keinerlei Schaden davongetragen hatte.

Tannus, 16. Juli. Die wiederholt vorgekommenen Diebstähle in der jüngsten Zeit, so besonders in Kellheim, Hornau und Neuenhain scheinen von denselben Dieben ausgeführt worden zu sein. In Neuenhain wurden vorzugsweise Ziegen, in Hornau Federweide und in Kellheim Schweine gestohlen. In verflochtenen Wäldern wurde am Samson des J. Müller und J. Kunz in Kellheim je ein Einlegefleisch und mehrere Hühner gestohlen und abgeschlachtet.

Aus Rheinhessen.

Mainz, 16. Juli. Rund 500 Kinder aus der hiesigen Stadt und den Vororten sind in diesem Sommer zu längerem Aufenthalt in Landgemeinden untergebracht worden. Eine beständige Anzahl Kinder wird für die Dauer der jetzt beginnenden vierwöchigen Sommerferien noch in den nächsten Tagen auf Land gebracht werden. Seitens des hiesigen Ministeriums ist in dankenswerter Weise alles geschehen, um durch besondere Zuweisung von Lebensmitteln den Landeuten die Aufnahme der Stadtkinder zu erleichtern.

FC. Mainz-Kellheim, 17. Juli. Mit ihrer Mutter ging das sechsjährige Töchterchen des Georg Diehl zum Gänsefressen nach dem Hühnerhof. Die Mutter setzte sich oben auf den Weg, das Kind auf ein Floß. Hierbei fiel es ins Wasser und ertrank. Ein Junge holte das Kind aus dem Wasser, doch waren die angelegten Wiederbelebungsbemühungen ohne Erfolg.

FC. Ober-Jungheim, 17. Juli. Ohne Unterschied der Weinberglage werden jetzt schon für die im Herbst zu erntenden Trauben Weintrauben pro Pfund 3.50 Mk. geboten, was einem Marktpreis von 10.500 Mk. (pro Stück - 1200 Liter) entspricht.

FC. Hochheim, 17. Juli. Unter Mitnahme von 500 Mark aus der elterlichen Wohnung ist hier ein 17jähriger Bursche verschwunden.

FC. Worms, 17. Juli. Mischfischweise wurden einen Landwirt, in Weingarten in der benachbarten Pfalz, zwei Kühe derart gestochen, daß sie geschlachtet werden mußten. Das Fleisch konnte nicht verwertet werden.

Aus Rheinhessen, 16. Juli. Ein Baumbesitzer zu Buchenheim hatte 2 prächtig behängene Kirschbäume, von denen er sich, da er nur gegen die höchsten Preise absetzen wollte, ein schönes Stück Geld versprach. Am vor Dicken über zu sein, legte er sich jede Nacht unter die Bäume. Nur einmal tat er dies nicht, und siehe, gerade da kamen die Diebe. Am nächsten Tage fanden beide Bäume völlig leer da.

FC. Biehlstadt, 17. Juli. Beim Kartoffelstehlen wurde hier eine Person abgefaßt, die nicht aus Hunger, sondern aus Gier zu rauben, den Acker geplündert hatte. Die Kartoffeln sollten aus Taubschloß für Zigaretten nach Wiesbaden wandern.

FC. Wiesbaden, 16. Juli. Nach kurzem schweren Leiden verstarb im hiesigen Krankenhaus, die hier zu Besuch weilende Hofkapellmeisterin Elfrida Bachmann. Die Künstlerin die aus Mainz stammt und fünf Jahre lang der hiesigen Bühne angehörte, wirkte längere Zeit in Kassel, Frankfurt, Gießen, Mainz usw. — Auf dem Hofhof Chausseebau rissen sich beim rangieren heute Nachmittag drei Wagen los, die nach der Station Dohheim zurück liefen, und dort entgleisten. Die Beamtin, Frau Brühl aus Biehlstadt, der es nicht gelang die abrollenden Wagen zu bremsen, fand hierbei den Tod.

Arbeitsmarktanzeiger des Kreisarbeitsnachweises u. d. Hilfsheimelstelle Friedberg

Offene Stellen:

3 Anechte, 6 Tagelöhner, 1 Anechthelferin, 1 Arbeiterfamilie, 1 Schneider, 1 Schloffer, Dreher, Glaser, 1 Bäcker, 3 Strassenwärter, mehrere Handarbeiter und Arbeiterinnen, 7 Dienstmädchen, 16 Hausmädchen, 2 Monatsmädchen, 1 Kellnerin, 1 Kellnerin, 1 Lehrling, 1 Lehrling, 1 Bader.

Stellensuchen:

Mehrere Arbeiterfamilien und ledige Arbeiter, 17jährige Schüler für Landwirtschaft, 1 Wirtschafterin, 1 Wirtschafterin, 1 Haushälterin für Landwirtschaft.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto Dierckel, Friedberg; für den Angelegenheit: H. Hedner, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“, A. O., Friedberg i. Ky.

